

2012-09-07 00:46:55

## Hypo Alpe-Adria braucht Kapital

"Neue Zürcher Zeitung" Nr. 208 vom 07.09.2012

Seite: 29 Ressort: Wirtschaft M. Kattinger

Schweiz

### Hypo Alpe-Adria braucht Kapital

M. K. Wien Die verstaatlichte Bank **Hypo Alpe-Adria** muss laut Finanzmarktaufsicht (FMA) bis März 2013 die Eigenkapitalbasis um 2,2 Mrd. € stärken. Bezogen auf das Portefeuille von Ende April 2012 würde dies einer Eigenmittelquote von 12,7% entsprechen. Die FMA begründet den zusätzlichen Kapitalbedarf mit der «rezessionsbedingt konservativeren Einschätzung von Kreditrisiken» sowie der zunehmend angespannten Lage auf den Finanzmärkten.

Zuletzt war für Ende 2012 ein Kapitalbedarf von 1,5 Mrd. € errechnet worden. Die Bank hat nun bis Ende September Zeit, auf den Bescheid der FMA zu reagieren. In einer ersten Reaktion sprach **Hypo**-CEO Gottwald Kranebitter von ausreichend kapitalisierten Töchtern in Österreich, Italien und Südosteuropa, doch gebe es Altlasten. Zur Jahresmitte hatte **Hypo Alpe-Adria** Problemkredite von knapp 10 Mrd. € in den Büchern. Während Vorstand und Aufsichtsrat der **Hypo** es für möglich halten, über den Abbau von Kreditrisiken ohne neuerliche staatliche Finanzspritze über die Runden zu kommen, sieht Hannes Androsch, Aufsichtsrat der für die Staatsbanken zuständigen Tochter der Staatsholding ÖIAG, nur die Wahl zwischen Kapitalaufstockung und «Bad Bank».



Die Hypo Alpe Adria entwickelt sich für die Republik immer mehr zum finanziellen Debakel.

Foto: PantherStock, Fotomontage: TT

# Hypo Alpe braucht 2,2 Mrd. €, Staat könnte erneut zahlen

Die verstaatlichte Bank Hypo Alpe Adria braucht angesichts der mauen Wirtschaftslage und turbulenter Kapitalmärkte mehr Geld als erwartet.

**Klagenfurt** – Die verstaatlichte Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) wird immer mehr zum finanziellen Fass ohne Boden: Nun ist die Finanzmarktaufsicht (FMA) bei einer neuerlichen Überprüfung zu dem Schluss gekommen, dass das Institut einen Risikopuffer von 2,19 Mrd. Euro benötige, teilte die Bank am Donnerstag mit. Das sind rund 700 Mio. Euro mehr als zuletzt gedacht. Die Hypo Alpe Adria bekommt daher nun drei Monate länger und damit bis Ende März 2013 Zeit, um die Kapitalanforderungen zu erfüllen.

Schafft sie dies nicht aus eigener Kraft, dürften zwangs-

läufig neue Staatshilfen fließen. Die Republik hatte das Institut 2009 übernommen und so vor einem Zusammenbruch bewahrt. Damit wurden dem Staat und dem Land Kärnten milliardenschwere Garantien aufgebürdet.

Finanzministerin Maria Fekter hatte sich zuletzt wenig erfreut über die Aussicht gezeigt, der Bank erneut Staatsgelder zuschießen zu müssen. Sie hatte auch das Erreichen eines Budgetdefizits von 3 % heuer davon abhängig gemacht, wie viel Staatshilfen Österreich seinen Banken noch zur Verfügung stellen müsse.

Die Hypo Alpe Adria erklär-

te, sie werde „weiterhin alles daransetzen“, ihre Risiken zu verringern und einen „direkten Zuschuss durch den Eigentümer“ zu vermeiden. Um dies zu erreichen, versucht das Institut, seine Problempapiere abzubauen und die Töchter in Österreich, Italien und Südosteuropa zu verkaufen. Allerdings waren die Verkaufsvorhaben wegen des schwierigen Umfelds zuletzt nicht von Erfolg gekrönt.

Für Hypo-Aufsichtsratschef Johannes Ditz „gilt es jetzt einen budgetschonenden Weg zu finden, der den Steuerzahler nicht belastet“, wie er im ORF-Radio betonte. Im Übrigen „glauben wir, dass wir die Risiken besser managen als es offenbar die FMA einschätzt“, meinte Ditz. Skeptisch ist Hannes Androsch, Vize-Chef aufseher der Banken-Staatsholding Fimbag. Er glaubt, dass man – zumindest teilweise – nicht um eine Kapitalaufstockung der Bank oder eine „Bad Bank“ herumkommen wird.

Die Aufseher verlangen von der Bank nun bis zum Ende des ersten Quartals 2013 eine Eigenmittelquote von 12,67%. Ursprünglich sollte die Bank ihr Kapital bis Ende 2012 um 1,5 Mrd. Euro aufstocken und damit eine Eigenmittelquote von 12,04% erreichen. Per En-

de Juni kam die Bank auf eine Quote von 9,5 Prozent. Es ist bereits das zweite Mal, dass die FMA dem maroden Finanzinstitut mehr Zeit einräumt, um sein Kapital aufzustocken.

Das Rating Österreichs gefährden mögliche weitere Hilfen nach Einschätzung der Agentur Standard & Poor's aber nicht. (TT, Reuters, APA)

## 11 Mrd. € Hilfgeld

**Verstaatlicht:** Für die Hypo Alpe Adria flossen bislang 1,55 Mrd. Euro an Staatsgeld, dazu kommen Haftungen des Landes Kärnten (siehe Grafik). Für die ebenfalls verstaatlichte Kommunalkredit rollten 250 Mio. Euro, wobei deren „Bad Bank“, die KA Finanz, mit 4,6 Mrd. Euro Volumen den größten Brocken für den Staat ausmacht. Mit der Teilverstaatlichung des Volksbanken-Spitzeninstituts ÖVAG im Februar mussten sich mittlerweile drei Banken unter das Dach des Bundes retten. Für die ÖVAG flossen 1,35 Mrd. Euro.

**Bankenhilfe vom Staat:** Geld zugeschossen hat der Staat in Form von Partizipationskapital weiters der Raiffeisenbank International (RBI), die 1,75 Mrd. Euro erhielt. Die Erste holte sich 1,2 Mrd. Euro, die Bawag 550 Mio. Euro. In Summe hat der Staat also mehr als 11 Mrd. Euro in die Banken gesteckt.

## Milliarden für Hypo Kärnten



Kommentar

## Verärgerte Steuerzahler

Von Alois Vahrner

Und wieder braucht die notverstaatlichte Kärntner Hypo Alpe Adria wohl mehr öffentliches Geld, um Schlimmeres abzuwenden. Wenn beim Italien-Desaster der Hypo Tirol von „Großmannssucht“ der früheren Bankführung (geduldet von Aufsichtsrat und Land) die Rede war, dann fehlt für das Kärntner Hypo-Alpe-Fiasko wohl noch das entsprechende Wort. Büßen müssen diesen wirtschaftspolitischen Bankrott des Systems Haider, der auch das Land Kärnten selbst noch Jahrzehnte belasten wird, alle österreichischen Steuerzahler. Und diese sind zu Recht verärgert. Während sonst bei kleinen Beträgen etwa im Sozialbereich Ebbe herrscht, müssen hier so locker Milliarden aus der Staatsschatulle überwiesen werden, um Misswirtschaft und haarsträubende Fehlentscheidungen von Bankbossen auszugleichen.





## Finanzmarktaufsicht

# Kapitallücke der Hypo größer als gedacht

Die Hypo Kärnten muss ihr Kapital um 2,2 Milliarden Euro erhöhen, sagt die Aufsicht. Die Bank-Chefs wehren sich dagegen.

VON IRMGARD KISCHKO

Die Nachricht war für die Chefs der Hypo-Alpe-Adria-Bank ein Schock: 2,2 Milliarden Euro an zusätzlichem Kapital benötige die Bank bis Ende März 2013, teilte die Finanzmarktaufsicht den Herren am Donnerstag mit. Zuvor hatten Prüfer der Nationalbank wochenlang die Kredite der Bank nach Risiken durchleuchtet und festgestellt, dass die zunächst verlangten 1,5 Milliarden Euro an Zusatzkapital nicht ausreichen.

Für Hypo-Aufsichtsratschef Johannes Ditz agiert die Aufsicht damit völlig kontraproduktiv. „Das schaut jetzt so aus als stecke die Bank voller Risiken. Das schreckt doch jeden potenziellen Käufer ab“, ärgert er sich. Die Hypo habe auch keinen Zuschussbedarf, die

Bank könne bilanzieren und bereite den Verkauf der drei Tochterbanken in Österreich, Italien und Südosteuropa vor. Diese drei Töchter verfügten über genügend Eigenkapital, nur die „Abbaubank“ stehe schlechter da. Die Bank werde den erhöhten Kapitalbedarf auf jeden Fall beeinspruchen.

Die Aufsicht ist nach der Finanzkrise aber gnadenlos geworden. Sie verlangt, dass die Hypo wegen der vielen riskanten Kredite einen deutlich über der gesetzlichen Regel von neun Prozent liegende Eigenkapitalquote von 12,67 Prozent vorhält. Ditz sieht das als „willkürliche Bewertung künftiger Risiken“ durch die Aufsicht an. Denn die Hypo sei heute nur zum Teil eine Geschäftsbank – mit den drei Tochterbanken. Der Rest, der rund zwölf Milliarden Euro an Alt-Geschäften (Leasing, Immobilien) umfasst, werde abge-



**Gottwald Kranebitter:** Der Chef der Hypo Kärnten will die Steuerzahler nicht belasten und daher lieber eine Staatsgarantie statt frisches Kapital

baut. Dafür mehr als das gesetzlich vorgeschriebene Kapital zu halten, ist für Ditz widersinnig.

**Steuerzahler schonen** Zumindest die ursprünglich vorgeschriebenen 1,5 Milliarden Euro wird die Bank wohl aufbringen müssen. Ditz und Hypo-Chef Gottwald Kranebitter wollen in Verhandlungen mit Aufsicht und Finanzministerium Wege suchen, wie das ohne Belastung der Steuerzahler geht. Diese

haben schon einmal ebenfalls 1,5 Milliarden Euro in notverstaatlichte Bank zahlen müssen. Diskutiert werden nun Staatsgarantien, die so gestaltet werden, dass die Staatsverschuldung nicht massiv steigt. Auch Klaus Liebscher, Vorstand der „Banken-ÖIAG“ (Fimbag) hofft, dass der Kapitalbedarf nicht den Steuerzahlern auf den Kopf fällt. Hannes Androsch, Fimbag-Vize, bezweifelt das. Er glaubt, dass die Hypo nicht um eine Kapitalaufstockung herumkomme.



## **HYPO – FASS OHNE BODEN**

Seit mittlerweile fünf Jahren ist die ehemalige Kärntner Landesbank immer wieder auf Staatshilfen angewiesen.

### **November 2007**

Im Mai 2007 wird die Hypo an die BayernLB verkauft. Im November müssen die Bayern 440 Millionen Euro, die Grawe 160 Millionen Euro Kapital nachschließen.

### **Dezember 2008**

Die Bayern müssen wieder 700 Millionen Euro in die Bank pumpen, die als erste österreichische Bank Staatshilfe beantragt. Der Staat stellt 900 Millionen Euro PS-Kapital.

### **Herbst 2009**

Die Hypo gibt bekannt, dass sie weitere 1,5 Milliarden Euro braucht, um bilanzieren zu können. Am 14. Dezember wird die Bank verstaatlicht. Die Bayern stellen 825 Millionen Euro zur Verfügung, das Land Kärnten zahlt 200 Millionen Euro, der Bund schießt 450 Millionen Euro bei. 2009 schreibt man 1,6 Milliarden Euro Verlust.

### **Frühling 2012**

Erstmals seit 2007 kann die Hypo für die Bilanz 2011 einen Gewinn ausweisen – 63,9 Millionen Euro. Dieser ist der Neubewertung eigener Anleihen zu verdanken. Hypo-Chef Kranebitter bemüht sich um gesonderte Kapitalrichtlinien für die „Sanierungsbank im Staatsbesitz“.

### **September 2012**

Die Hypo erklärt, dass sie neuerlich Staatsgeld braucht: 2,2 Milliarden Euro.



# Hypo braucht 2,2 Milliarden

1,5 Milliarden müssen heuer abgedeckt werden, der Rest bis März 2013.

**KLAGENFURT.** Bei der notverstaatlichten Kärntner Hypo Alpe Adria ist der Eigenkapitalbedarf noch größer als befürchtet. Vor einem Jahr hatte die Nationalbank eine Kapitallücke von 1,5 Milliarden Euro errechnet, die Bank ersuchte um Aufschub. In der Vorwoche meldete die *Kleine Zeitung* exklusiv, dass es sogar zwei Milliarden sein können. Nun liegt der Bescheid der Finanzmarktaufsicht vor: Die Hypo muss bis März 2013 eine Eigenkapitallücke von 2,19 Milliarden Euro schließen, um 12,64 Prozent Eigenkapitalquote zu erfüllen.

## **Fekter wartet ab**

Da die Hypo ihre Tochterbanken auf dem Balkan, in Italien oder in Österreich derzeit kaum verkaufen kann, muss der Staat einspringen. Ob Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) der Hypo Geld zuschießt, was das Budgetdefizit erhöhen würde, oder neue Haftungen oder Garantien gewährt, was die Staatsschulden erhöhen würde, ist offen. Für die Steuerzahler



**Maria Fekter muss das Budgetdefizit oder die Staatsschulden erhöhen**

ist beides belastend. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) ist „Fekter am Zug“. Die Finanzministerin nahm den FMA-Bescheid mit knapper Stellungnahme „zur Kenntnis“. Es sei lediglich ein Entwurf, zu dem die Bank die Möglichkeit der Stellungnahme habe. Das Ministerium „wartet auf den endgültigen Bescheid.“ Hypo-Vorstandschef Gottwald Kranebitter will „Lösungen vorschlagen, die einen direkten Einschuss nicht notwendig

machen“. Er denkt an einen „Garantieschirm, den man erst aufspannen muss, wenn es regnet“ (siehe Interview). Hypo-Aufsichtsratsvorsitzender Johannes Ditz will „einen budgetschonenden Weg finden, der den Steuerzahler nicht belastet.“ Bis 28. September kann die Bank zum FMA-Bescheid Stellung nehmen.

## **Bad Bank**

Während die Hypo für die neuen 700 Millionen Euro neun Monate Aufschub beantragen kann, tritt der erste Bescheid in Kraft, das bedeutet, dass für 1,5 Milliarden Euro die Lücke bis Ende 2012 geschlossen werden muss. Viel Zeit bleibt Fekter nicht. Hannes Androsch, Vize-Aufsichtsratschef der Banken-ÖIAG Fimbag, glaubt, dass es eine Kapitalaufstockung durch den Bund gibt, oder eine „Bad Bank“ für den Abbauteil. Die hat Fekter bisher abgelehnt, weil es die Verschuldung in die Höhe treiben würde.



## Hypo Alpe Adria braucht 2,2 statt 1,5 Milliarden

WIEN/KLAGENFURT. Die Finanzmarktaufsicht (FMA) sieht bei der Hypo Alpe Adria einen zusätzlichen Kapitalbedarf von 2,2 Milliarden Euro. Im Vorjahr hatte sie erst 1,5 Milliarden erwartet. Die „kapitalverbessernden Maßnahmen“ wären bis 31. März 2013 zu setzen. Allerdings hat die Hypo drei Wochen Zeit, auf den FMA-Bescheidentwurf zu reagieren.

Hypo-Vorstandschef Gottwald Kranebitter will „Lösungen vorschlagen, die einen direkten Einschuss nicht notwendig“ machen. Der von der FMA verlangte erhöhte Kapitalpuffer spiegle die angespannte Lage auf den Finanzmärkten und insbesondere in den Hypo-Kernländern, sagte Kranebitter.

### Staat soll geschont werden

Aufsichtsratschef Johannes Ditz sagte im Radio, es gelte einen Weg zu finden, der das Staatsbudget schone: „Wir managen die Risiken besser, als es offenbar die FMA einschätzt.“ Klaus Liebscher von der „Banken-ÖIAG“ Fimbag zeigte sich optimistisch, dass die Hypo-Bank möglichst viel mit „Eigenleistungen“ schafft. Hannes Androsch, stellvertretender Chefaufseher, ist pessimistisch: Es werde eine Kapitalaufstockung durch den Bund geben müssen, was das Budgetdefizit erhöhe. „Oder man macht eine ‚Bad Bank‘“, auch wenn das die Schuldenquote steigere, sagte der Industrielle und Ex-CA-General.



Mehr Geldbedarf: Kranebitter (Reuters)



# Mit Zeitschinden lässt sich die Eurokrise nicht lösen

## LEITARTIKEL

VON JOSEF URSCHITZ



**Die Anleihenkäufe der EZB verschleppen nur die Grundsatzentscheidung: Wollen wir eine Gemeinschaftswährung in einer Art Bundesstaat – oder Renationalisierung?**

Überraschung wird es keine geben: Die EZB wird so oder so den Wünschen ihres Chefs Mario Draghi nachkommen und den Kauf von Staatsanleihen durchziehen. Deutschland kann sich gegen den Rest der Eurozone nur bedingt durchsetzen.

Die Frage ist also nur noch, wie stark die Einschränkungen sein werden. Ob also nur jene Länder, die offiziell unter den Rettungsschirm schlüpfen, in den Genuss von EZB-Geldern kommen oder ob sich der Geldsegen über alle ergießt. Ob die Euronotenbank Geld „druckt“, um quer durchs Gemüsebeet einzukaufen, oder nur kurz laufende, auf dem Sekundärmarkt erworbene Staatsanleihen mit maximal drei Jahren Restlaufzeit ins Portfolio nimmt. Letzteres wäre laut Draghi nämlich keine direkte Staatsfinanzierung, was der Notenbank ja verboten wäre.

So ein Schwachsinn!

Natürlich ist das praktizierte direkte Staatsfinanzierung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen (wie mittelfristiger Inflationsgefahr). Auch der Reformdruck, der aus kurzfristigen Finanzierungen angeblich entsteht, ist eine Mär. Was wird denn passieren, wenn etwa Spanien seine EZB-Schulden nach drei Jahren nicht refinanzieren kann? Richtig: Die EZB springt ein. Statt einer Langfristanleihe hat sie dann eben eine Kette von „Kurzläufern“ in den Büchern.

Das Dilemma ist: Grundsätzlich ist die Idee, die erdrückende Zinsenlast der Krisenländer durch Notenbankgeld zu mildern und ihnen damit Luft für die notwendigen Reformen zu geben, nicht so dumm. Das machen andere auch.

In der Praxis läuft das in einem Gebilde wie der Eurozone aber leider anders. Die „Zahler“ haben hier nämlich nur sehr geringe Möglichkeiten, die Verwendung der so aufgebrauchten Mittel zu beeinflussen. Man versucht also, das Krisenfeuer mit genau jenen Methoden zu löschen, mit denen es erst so richtig angefacht worden ist: mit zu billigem Geld, das man zum Aufbau von wettbewerbsfähigen Strukturen verwenden kann. Aber auch, wie gehabt, um einen

nicht erwirtschafteten Scheinwohlstand auf Pump zu erzeugen.

Mit anderen Worten: Das Grundübel, dass wir eine Währungsunion ohne

die politischen Strukturen einer solchen (zum Beispiel echtes Durchgriffsrecht auf nationale Budgets) haben, wird mit der bevorstehenden Staatsfinanzierung aus der Notenpresse nicht beseitigt. In der derzeitigen Situation wäre ein echtes Durchgriffsrecht freilich ohnehin sehr fragwürdig. Denn im Gegensatz zu den nationalen Regierungen sind weder die EU-Kommission noch die Euro-Gruppe noch die EZB demokratisch gewählte Gremien (wenn man die indirekte Legitimierung nach dem Politbüroformal einmahl nicht als solche anerkennt).

In dieser Lage erweist sich ausgerechnet der viel geschmähte (und auch nicht gerade basisdemokratisch zustande gekommene) Rettungsschirm ESM als brauchbares Vehikel: Dort wird nämlich nicht nach „one country – one vote“ abgestimmt, was Malta und Luxemburg dasselbe Gewicht verleiht wie Deutschland. Sondern nach Kapitalanteilen, was den wirtschaftlich dominierenden, stabilitätsorientierten Deutschen eine Art Vetorecht gibt. Anleihenkäufe bei „ESM-besachwalteten“ Krisenländern hätten also wenigstens ein Korrektiv gegen ungehemmtes Geldverschleudern nach Art der Nullerjahre eingebaut.

Nebenbei: Die 22 Milliarden Euro, mit denen die acht Millionen Österreicher für Kärnten haften, würden auf die Eurozonen-Einwohner hochgerechnet einer Haftungssumme von knapp einer Billion Euro entsprechen. Also einem Vielfachen der Griechenland-Garantien. Dass ausgerechnet die Versagertruppe aus Klagenfurt, die uns das eingebrockt hat, jetzt mit einer Klage gegen den ESM vorpreschen will, gehört wohl zu den geschmalzeneren Österreicher-Witzen.

Allerdings: Was jetzt passiert, ist, wieder nur Zeit zu schinden. Die überfällige Grundsatzentscheidung, ohne die es keine Lösung der Eurokrise gibt,

bleibt weiter aus. Und diese lautet: Wollen wir eine Art Vereinigte Staaten von Europa mit Gemeinschaftswährung? Oder wollen wir Renationalisierung ohne Rücksicht auf die Kosten? Einen Mittelweg wird es nicht geben. Und je länger wir das negieren, desto teurer wird die Angelegenheit. → SEITE 1